

Im Teufelskreis des Terrors

VON JOSEF JOFFE

Vierzehn Tote und 27 Verletzte als Folge eines Terroranschlages auf einen israelischen Zivilbus: Dieses abscheuliche Nahost-Muster kennt man inzwischen zu Genüge. Noch ein jedes Mal, da das schwache Pflänzchen der Verhandlungsbereitschaft aus einer scheinbar toten Feilspalte kroch, reckte sich ihm die Fratze des Terrorismus entgegen. Die „Logik“ ist ebenfalls vertraut: Je schrecklicher das Verbrechen, desto größer die Wut auf den Gegner – auch oder gerade bei den Gemäßigten, die dem Teufelskreis von Gewalt und Gegengewalt seine mörderische Dynamik nehmen wollen.

Ein Tag, bevor der Terrorist mit dem Schrei „Gott ist groß“ den Bus auf der Straße von Tel Aviv nach Jerusalem in eine 60 Meter tiefe Schlucht stürzte, hatte der israelische Premier Schamir dem Zentralkomitee seiner Partei endlich die Zustimmung zu seinem Friedensplan abringen können. Zwar war es nicht ohne Blessuren abgegangen, zwar hatten es Schamirs Rechts-Rivalen geschafft, den Plan im Plenum mit ungenehmen Widerhaken zu versehen. So geht die Besiedlung weiter, soll es keinen palästinensischen Staat geben, wird die PLO nach wie vor als unakzeptabler Verhandlungspartner beiseite geschoben. Aber das Prinzip bestand vor den 2600 ZK-Mitgliedern: Wahlen in den besetzten Gebieten, hernach palästi-

nensische Selbstverwaltung, schließlich Verhandlungen mit Palästinensern über eine Friedenslösung.

Dann kam der blutigste Terror-Anschlag seit zehn Jahren, und schon sind die Kritiker der Widerhaken-Politik im Abschieds – zumal jene Kabinettsmitglieder aus der Arbeiterpartei, die zuvor noch mit ihrem Auszug aus der „Nationalen Einheitsregierung“ gedroht hatten. Wer Verhandlungsflexibilität und Entgegenkommen in Israel predigt, muß jetzt fürs erste schweigen. Ohnehin war der gesamte Friedensplan – schon im Mai von der Koalition, aber erst jetzt vom Likud-ZK absegnet – ein Drahtseilakt, der die israelische Rechte nicht verstören durfte, andererseits aber gerade verlockend genug sein mußte, um die Palästinenser aus ihrer Verweigerungshaltung zu holen.

Freilich stand noch mehr auf dem Spiel als ein Plan, der ohnehin nicht das „letzte Angebot“, sondern nur ein Eröffnungszug war. In den letzten Wochen und Monaten hatte sich das scheinbar festgefügte Tableau der Nahost-Diplomatie zu bewegen begonnen – unter der Hand zwar, und ohne dramatische Bühnenakrobatik, aber gerade deswegen auf verheißungsvolle Weise. Zwei Faktoren haben dabei im Hintergrund die treibende Rolle gespielt.

Der eine heißt „Intifada“ (wörtlich: „Abschütteln“), der Aufstand, der den Israeli seit 19 Monaten Tag für Tag die Kosten der Besetzung entgegenhält – nach 20 Jahren Billigst-Herrschaft, die mit ein

paar Hundert Soldaten am Westufer und im Gaza-Streifen „finanziert“ werden konnte. Darunter leidet vorweg die Moral einer Armee, die bislang noch jeden Krieg gegen arabische Streitkräfte gewann, aber die wie jedes demokratische Wehrpflichtigen-Heer für den Polizeikampf in den Straßen weder taktisch noch psychologisch gerüstet ist. Es leidet die Wirtschaft Israels, welche ohne die „Gastarbeiter“ längst nicht mehr auskommen kann, und es leidet das Selbstverständnis der meisten Israeli, die nicht der Gewalt- und Fremdherrschaft entflohen sind, um sie nun selber auszuüben.

Der zweite Faktor ist die amerikanische Diplomatie. Sie war bis in das letzte Reagan-Jahr ein zuverlässiger Bundesgenosse der Israeli – zwar nicht begeistert, aber auch nicht bereit, Jerusalem PLO-wärts zu drücken. Dann besann sich die PLO ihrerseits auf die Politik und schwor, wenn auch mit gewundenen Formeln, dem Terror wie der Vernichtung des Juden-Staats ab. Unter George Bush ist mithin ein neuer Weg eingeschlagen worden: die scheinbar Legitimierung der PLO als Gesprächspartner, die Jerusalem gleichbleibende Treue, aber nicht mehr unbedingte Gefolgschaft signalisiert. Zugleich begann die Bush-Regierung, sich jenseits der Schlagzeilen als „ehrllicher Makler“ einzuschalten.

Die Folge hat ein israelischer Sozialdemokrat so beschrieben: „Kein Zweifel, durch Stellvertreter verhandeln wir bereits mit der PLO.“ Und Jassir Arafat? Der fordert in der Öffentlichkeit monoton: Erst Rückzug der Israeli, dann international überwachte Wahlen. Aber jenseits des Rampenlichts deutet er an, daß er sich mit „Wahlen jetzt“ anfreunden könnte, solange die begrenzte Autonomie nicht schon die Endstation des Friedensprozesses bleibe. Überdies weiß auch Arafat, daß er gegen die Zeit spielt: Je länger die „Intifada“ dauert, desto größer die Gefahr, daß sich die Palästinenser an der Front von der Oberherrschaft der fernen PLO emanzipieren. Und auch er spürt, daß er die Amerikaner nicht durch reine Sturheit verprellen darf.

Der ausgebrannte Bus von Abu Gosh hat diese delikate Annäherung fürs erste blockiert. Zu wünschen wäre freilich, daß der Terror keinen politischen Triumph feiern kann. Denn sein Ziel war zweifellos die Sabotage des zögerlichen Friedensprozesses; der Gegenschlag der Israeli wird auf der anderen Seite ebenfalls die Verweigerer stärken. Auf dieses „Bündnis“ war bisher immer Verlaß – nur: Cui bono? Zu wünschen wäre, daß Mord nicht der Politik die Hand lähmt, daß Jerusalem nicht dem Terror ein Veto einräumt. Das erfordert freilich von der PLO, daß sie ihre Mordgenossen an die Kette legt. Ihre mühsam demonstrierte Politikfähigkeit steht auf dem Spiel.